

Pressemitteilung 18.01.2022

Vernachlässigung als Dauerzustand?

Flüchtlingsrat fordert vom Innenministerium Auskunft über die aktuelle Situation von Kindern und Jugendlichen im Lager Lebach

„Das Lager Lebach ist kein Ort für Kinder und Jugendliche“, erklärte Maria Dussing-Schuberth im Namen des Vorstands des Saarländischen Flüchtlingsrates e.V. „Aus vielen Besuchen und Gesprächen vor Ort wissen wir, wie prekär gerade die Situation der Kinder und Jugendlichen in allen Lebensbereichen ist. Integration kann so nicht gelingen.“

Für Kinder und Jugendliche hat das Leben im Lager Lebach fatale Konsequenzen: Ihnen fehlt genügend Platz zum Spielen und zum Lernen und sie sind immer wieder mit Situationen von Gewalt und Abschiebungen konfrontiert.

Unter Bezugnahme auf das Saarländische Informationsfreiheitsgesetz (SIFG) will der Saarländische Flüchtlingsrat vom saarländischen Innenministerium genauer wissen, wie sich konkret die Situation der Kinder und Jugendlichen im Lager Lebach gestaltet: Wie sieht es aus mit Kindergartenplätzen und der Betreuungssituation vor Ort? Gibt es Unterstützung bei Problemen in der Schule bzw. während der Ausbildung? Gibt es Förder- bzw. Nachhilfeprogramme? Oder: Wie viele Jugendliche haben 2021 einen Schulabschluss erworben? Wie viele Jugendliche absolvieren derzeit eine Ausbildung? Wie vielen Jugendlichen wurden Arbeits- bzw. Ausbittungsverbote ausgesprochen?

„Aus meiner Arbeit in der Flüchtlingshilfe vor Ort weiß ich, dass im Interesse der Kinder und Jugendlichen eine Unterbringung in den Kommunen Voraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe ist“, so Maria Dussing-Schuberth weiter. „In den Kommunen gibt es bis heute funktionierende ehrenamtliche Strukturen der Solidarität und Unterstützung. Das fördert die gesellschaftliche Teilhabe und die Lebensplanung junger Menschen.“

Zum Hintergrund: Der Saarländische Flüchtlingsrat e.V. fordert seit Jahren Wohnungen statt Lager Lebach und Geld statt Sachleistungen. Deshalb unterstützt der Saarländische Flüchtlingsrat den Appell „Anker-Zentren: Kein Ort für Kinder – kein Ort für Niemanden!“ von Pro Asyl, terres des hommes, Jugendlichen ohne Grenzen und den Landesflüchtlingsräten. <https://keinortfuerkinder.de/aufruf/> Laut Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung soll das Konzept der Anker-Zentren nicht weiterverfolgt werden. Doch unklar bleibt, wie zukünftig die Aufnahme von Geflüchteten gestaltet wird.

Die Anfrage des SFR finden Sie hier:

<https://tinyurl.com/mcymumh5>



Kaiser-Friedrich-Ring 46
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 - 4877938
Fax: 06831 - 4877939
fluechtlingsrat@asyl-saar.de
www.asyl-saar.de

Büro Öffnungszeiten:
Montag: 13 – 17 Uhr

Vorstand:
Maria Dussing-Schuberth
Peter Nobert
Horst-Peter Rauguth
Gertrud Selzer

Bankverbindung:
Kreissparkasse Saarlouis
BLZ 59350110
Kto-Nr. 200630986